

Haushalt 2018/19

Anträge und Initiativen für Bochums Zukunft

Die SPD-Ratsfraktion Bochum fügt hier die Anträge zu den Etatberatungen in den Fachausschüssen zusammen. Hinzu kommen auf drei Seiten die weiteren Anträge für den Haupt- und Finanzausschuss am Mittwoch (6. Dezember). Diese Anträge beruhen teilweise auf Erkenntnissen aus den Fachausschüssen oder auf neueren Entwicklungen. Der Haupt- und Finanzausschuss wird ab 10 Uhr alle Anträge zu einem Gesamtbild zusammenfassen. Der Rat beschließt den Haushalt 2018/19 dann am Donnerstag (14. Dezember). Die Sitzung beginnt um 13 Uhr. Das ist im Moment — Mitte November — der Zeitplan.



„Smart City“

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017 folgende Maßnahme im Rahmen der „Bochum Strategie“ (Kompetenzfeld „Großstadt mit Lebensgefühl“, Kernaktivität „Smart Living – intelligente Stadt“) in den Haushalt aufzunehmen:

„Smart City Bochum“

2018	40.000 Euro (konsumtiv)
2019	40.000 Euro (konsumtiv)

Die „Smart City Bochum“ ist ein Netzwerk aus Akteuren der Stadt, die verschiedene Themen der Stadtplanung mit den Bereichen Technologie, Forschung, Soziales, Kultur und Wirtschaft verbindet. Digital vernetzte Technologien, die entwickelt und erprobt werden müssen, werden erstmalig auf ihre Realisierung in Bochum getestet. Die Stadt stellt dafür kommunale Infrastrukturen und Datengrundlagen zur Verfügung.



Dr. Peter Reinirkens ist Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und des Ausschusses für Strukturentwicklung.

Die „Smart City Bochum“ will dabei die Lebensqualität für die Menschen in der Stadt optimieren, sei es in den Bereichen Umwelt, Mobilität, Sicherheit oder Logistik, indem sie mehr Effizienz ermöglicht, weniger Ressourcen verbraucht und weniger Emissionen verursacht. Die „Smart City Bochum“ ist das Innovationslabor am Wissenschaftsstandort Bochum. Aber auch der Industriestandort Bochum mit seinem Technik-Know-How bietet

entscheidende Grundlagen für die smarte Entwicklung Bochums.

Begründung: Die Stadt Bochum ist herausragender Wissenschaftsstandort. Mit dem UniverCity Verbund stehen etablierte Akteure für die Entwicklung zu einer Smart-City zur Verfügung. Die Stadt kann hier Motor und Impulsgeber für den Standort Bochum und seiner wirtschaftliche und technische Weiterentwicklung sein.

Gute Schule

Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 legt der Rat auch den Rahmen für die Investitionen in den kommenden Jahren fest. Laut einer Darstellung der Verwaltung wird die Stadt beispielsweise zwischen 2018 und 2022 rund 118 Mio. Euro für die Schulen ausgeben.

Die Stadt plant 2018 mit Investitionen in Höhe von insgesamt 185 Mio. Euro, 2019 werden es rund 143 Mio. Euro sein. Dabei sind die Kommunen in hohem Maße auf Bundes- und Landesmittel wie etwa aus dem Programm „Gute Schule 2020“ angewiesen.

Gleichzeitig steigen die Sozialausgaben weiter, trotz hoher Beschäftigung. Auch die Kosten für die Integration von Geflüchteten spielt dabei eine Rolle. Die Stadt hat daher bei der Einbringung des Etats Ende August gefordert, der Bund müsse auch in Zukunft die Kosten übernehmen.

Bochum Strategie: „Mobil City“

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017, folgende Maßnahme

Bochum Strategie: „Mobil City Bochum“

2018 120.000 Euro (konsumtiv / investiv)
2018 120.000 Euro (konsumtiv / investiv)

im Rahmen der „Bochum Strategie“ (Kompetenzfeld „Großstadt mit Lebensgefühl“, Kernaktivität „Smart Living – intelligente Stadt“) in den Haushalt aufzunehmen:



Die „Mobil City Bochum“ deckt den Grundbedarf der öffentlichen Mobilitätsanforderungen und ermöglicht die individuellen Mobilitätsanforderungen der Stadtgesellschaft. Sie respektiert die Umwelt und den nachhaltigen Umgang mit allen Ressourcen. Die „Mobil City Bochum“ basiert auf einem Netz aus Akteuren, Produzenten, Dienstleistern und der Stadtverwaltung.

In der „Mobil City Bochum“ unterstützen smarte Technologien (unter anderem Lärm- und Schadstoffsensoren) die Mobilität und die Mobilitätsteilnehmer. Die Mobilitätsteilnehmer (z.B. Fahrrad, PKW, LKW, ÖPNV, Fußgänger) kommunizieren mit der Infrastruktur (zum Beispiel Ampel, Verkehrsdichte, Geschwindigkeitsfestlegung, Parkplatz, ÖPNV, Baustelle), was Nachhaltig-

keit fördert.

Die Straßenbeleuchtung

arbeitet nach Bedarf und auf Anforderung. Mängelmeldungen nehmen Echtzeiteinfluss auf das Mobilitätsverhalten.

Auch Dimensionen außerhalb der Straße (zum Beispiel Luftstraßen / Drohnen) bilden Mobilitätswege. Die autonome Mobilität, gegebenenfalls anforderungsorientiert, ist eine Zielrichtung. Die „Mobil City Bochum“ beschäftigt sich ferner mit der Zeit „nach dem Auto“.

Begründung: Die Digitalisierung ermöglicht, neue Perspektiven an die Mobilität der Zukunft auszurichten. Dabei spielt die Entwicklung zum Luft-, Lärm- und Klimaschutz eine weiterhin elementare Rolle.

Auch in Bochum gilt es, diese Entwicklung stark zu forcieren. Akteure im Bereich der Mobilität (Forschung, Anwendung, Industrie, Stadtverwaltung etc.) sollen sich in die lokale Entwicklung einbringen.

Konkrete Ziele können die Individualisierung des Mobilitätsaufkommens und dessen Lenkung z.B. auf der Herner Straße sein.

Aber auch moderne Techniken der Lichtsteuerung können zum Beispiel im Rahmen der Umsetzung des Radschnellweges 1 umgesetzt werden.

Letztendlich müssen aber auch heute Mobilitätswege außerhalb von Straßen (zum Beispiel in der Luft) bewertet und gegebenenfalls experimentell probiert werden (zum Beispiel im Rahmen von Logistikdienstleistungen).



Reiner Rogall ist Sprecher der SPD im Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität.

Straßen

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017 folgende Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen:

Straßendecken

2018 zusätzlich 1.000.000 Euro (investiv)

2019 zusätzlich 1.000.000 Euro (investiv)

Der Erhalt und die uneingeschränkte Nutzung der kommunalen Infrastruktur im Bereich Straßen (unter anderem Straßen, Radwege, Brücken) ist weiter zu optimieren. Dies dient dem Erhalt der notwendigen Infrastruktur für den Wirtschaftsraum Bochum, aber auch dem Erhalt der bilanziellen Werte der Stadt.

Begründung: Die Koalition hat in den Haushalten der letzten Jahre die Ansätze für die Straßenunterhaltung im Rahmen der gesamtstädtischen Möglichkeiten verstärkt. Dieses Vorgehen soll fortgesetzt werden.

Radwege

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017 folgende Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen:

Optimierung Radwegenetz

2018 zusätzlich 120.000 Euro (investiv)
2019 zusätzlich 120.000 Euro (investiv)

Radwege müssen auch unabhängig vom Straßenumbau optimiert und ausgebaut werden.

Damit über die schon beschlossenen Radwege hinaus kleinere Lückenschlüsse und Optimierungen



realisiert werden können, ist eine Erhöhung des Ansatzes sinnvoll.

Wasser: Für Pilotversuch erst Eckpunkte festlegen



Martina Schnell ist Mitglied im Vorstand der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Mobilität.

Der Ansatz „Bleckstraße“ (6500021555304) wird auf Null Euro gesetzt.

Begründung: SPD und Grüne nehmen die Ziele der Zukunftsvereinbarung Regenwasser ernst und unterstreichen ausdrücklich die Notwendigkeit, sich mit dem so genannten Poldergebiet Riemke zu beschäftigen. Werden in diesem System Abwasser und Regenwasser getrennt, kann es zu einer Anhebung des Grund-

wasserspiegels kommen. Wenn hier nun ein Pilotversuch unternommen werden soll, schließt das die Möglichkeit eines Scheiterns mit ein. Davon betroffen wären zahlreiche Häuser, womöglich voll laufende Keller, Schimmel und teure Reparaturen. SPD und Grüne sind deshalb der Auffassung, dass die Verwaltung vor dem Versuch Anwohnerinnen und Anwohner sowie Eigentümerinnen und Eigentümer zunächst umfassend informieren muss, auch über mögliche Alternativen. Eine Zustandsaufnahme der Gebäude ist nötig, ebenso eine Regelung für den Fall, dass der Versuch schlecht verläuft.

Von der Verwaltung wird erwartet, dem Ausschuss für Infrastruktur und Mobilität zunächst ein entsprechendes Konzept vorzulegen, in dem der Versuch geschildert und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger dargestellt wird.

Trotz wiederholter Aufforderungen ist das bisher nicht geschehen. Deshalb kann dem Pilotversuch derzeit nicht zugestimmt werden.

Straßenbäume nachpflanzen



Klaus Hemmerling ist Sprecher der SPD im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung.

Der Ansatz für die Nachpflanzung von Straßenbäumen (Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) wird wie folgt erhöht:

2018 +185.000
2019 +340.000

Der investive Ansatz muss entsprechend erhöht werden.

Begründung: Das Umwelt- und Grünflächenamt legt in den Haushaltserläuterungen dar, dass nicht genügend Mittel vorhanden sind, um alle gefälltten Straßenbäume



nachzupflanzen. Das ist aus klimapolitischen, lufthygienischen und stadtgestalterischen Gründen nicht akzeptabel. Durch die Erhöhung des Ansatzes soll sichergestellt werden, dass kein zusätzliches Nachpflanzungsdefizit entsteht.

City Team Bochum: „Sauber & Sicher“ in den Wohnquartieren

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017 folgende Maßnahme im Rahmen der „Bochum Strategie“ (Kompetenzfeld „Großstadt mit Lebensgefühl“, Schwerpunktaktivität „Lebenswerte Stadtteile und Wohnquartiere“) in den Haushalt aufzunehmen:

Bochum Strategie - „City Team Bochum – Sauber & Sicher“

**2018 und Folgejahre
160.000 Euro (konsumtiv)**

**2018 50.000 Euro
(investiv)**

Sauberkeit und Unterhaltungspflege in den Wohnquartieren sind ein wichtiger Baustein für die Lebensqualität der Menschen in Bochum. Objektiv gemeldete Mängel aus der Bevölkerung müssen zeitnah behoben oder besser noch präventiv beseitigt werden. Durch die Wohnbauinitiative für Bochum sind gerade hier Maßnahmen direkt in den

Wohnquartieren für den Erhalt oder die Aufwertung von öffentlichen Flächen erforderlich.

Begründung: Die Koalition hat die Haushalte der letzten Jahre verstärkt mit Mitteln zur Unterhaltungspflege ausgestattet. Gerade jedoch im Bereich der „ad hoc Maßnahmen“ in den Wohnquartieren gibt es noch Verbesserungsbedarf.



Martina Schmück-Glock ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung.

Pflegefamilien werben

Um Familien für die Annahme eines Pflegekindes zu interessieren, hat das Jugendamt bereits in der Vergangenheit verschiedene Möglichkeiten der öffentlichen Werbung genutzt. Dies geschah in erster Linie über Printmedien.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt: Für die neu zu planende Werbekampagne sollen die bisherigen Werbemittel — wie Plakate und Flyer — um Radiospots im Lokalradio ergänzt werden.

Dafür werden 15.000 Euro zusätzlich in den Haushalt 2018 eingestellt.



Hermann Päuser ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie.

Kitas: Online anmelden

Kita-Online-Anmeldung: Das Kita-Portal ist seit dem Frühjahr 2017 online und für die Eltern eine große Hilfe bei der Suche nach Kitas und bei der Voranmeldung.

Bisher gibt es jedoch noch keine Möglichkeit, über das Portal auch Tagesmütter und Tagesväter zu suchen und sich dort voranzumelden.

Der Ausschuss beschließt: Die Verwaltung setzt die Erweiterung des Kita-Portals für die Kindertagespflege zum frühestmöglichen Zeitpunkt um. Im Haushalt 2019 werden dafür 50.000 Euro eingesetzt.



Johannes Scholz-Wittek ist Sprecher der SPD im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

spd-ratsfraktion-bochum.de
twitter.com/spdratbo
facebook.com/spdratbo

Stetig: Stadtteil-Management

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017 folgende Maßnahme im Rahmen der „Bochum Strategie“ (Kompetenzfeld „Großstadt mit Lebensgefühl“, Schwerpunkt „Lebenswerte Stadtteile und Wohnquartiere“) in den Haushalt aufzunehmen:

Bochum Strategie - „Verstetigung Integrierte Stadtentwicklungsgebiete“

2018 220.000 Euro (konsumtiv / investiv)

2019 220.000 Euro (konsumtiv / investiv)

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEKs) sind

zur Stabilisierung und Vitalisierung verschiedener Stadtteile in Bochum erfolgreiche Instrumente. Nach Auslauf der Förderphasen ist die Verstetigung (unter anderem Stadtteilmanagement / Unterhaltung / Projekte / Quartiershausmeister) in den ISEK-Gebieten ein wichtiger Baustein, die Quartiere dauerhaft zu stabilisieren und sie in eine endgültige Selbstverantwortung zu überführen. Deshalb strebt die Stadt Bochum an, die Mittel zur Verstetigung dem Quartiersmanagement vor Ort zur Verfügung zu stellen,



zunächst in der Hustadt und Im Westend (Griesenbruch, Stahlhausen). Die Verwaltung entwirft ein Konzept mit den ab 2020 notwendigen Haushaltsmitteln und unterbreitet im Etatentwurf ab 2020 Vorschläge zur Umsetzung.

Begründung: Die durch ISEKs erneuerten Stadtgebiete „Hustadt“ und

„Westend“ sind in der Nachlaufphase beziehungsweise gehen auf die Nachlaufphase zu. Gerade in der kritischen Übergangsphase in die weitere Selbstverantwortung ist ein Übergang durch ein unterstützendes Stadtteilmanagement und die Unterstützung bei Veranstaltungen und Projekten sowie Grünpflege von großer Wichtigkeit.

Besser hören im Planetarium

Überbezirkliches Hochbausanierungsprogramm: „Verbesserungen für Hörgeschädigte im Planetarium“

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt: Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017 folgendes Vorhaben im Rahmen der „Bochum-Strategie“ (Kompetenzfeld „Großstadt mit Lebensgefühl“; Kernaktivität „Ausgeprägte Kultur der Vielfalt“) in den Haushalt aufzunehmen:

Inklusion: „Verbesserungen für Hörgeschädigte im Planetarium“

2018: 30.000 Euro (konsumtiv / investiv)

Die Bochum-Strategie definiert unsere Stadt zusätzlich als „Hotspot der Live-Kultur“. Sie will dies für die Kreativen ebenso wie für das Publikum sein. Die Stadt Bochum verfolgt dabei einen inklusiven Ansatz und setzt im Planetarium die im Musikforum und im Schauspielhaus begonnenen Verbesserungen für Hörgeschädigte fort.

Begründung: Beim Neubau des Musikforums hat die Stadt von Anfang an auf Barrierefreiheit geachtet und auch Technik für Hörgeschädigte eingebaut.

Im Rahmen der laufenden Sanierung berücksichtigt jetzt auch das Schauspielhaus Induktionstechnik, um Hörgeschädigten den Theaterbesuch zu erleichtern. SPD und Grüne möchten diesen inklusiven Ansatz nach und nach auch in weiteren Kultureinrichtungen umsetzen und zunächst mit dem Planetarium fortfahren.

Das Planetarium ist bereits für Gehbehinderte und RollstuhlfahrerInnen barrierefrei erreichbar. Besondere Angebote für Hörgeschädigte wie etwa eine induktive Höranlage gibt es dagegen bislang überhaupt nicht.

Der Betrag ermöglicht den Zentralen Diensten die Erstellung eines Kostenvoranschlags sowie die Anschaffung der – eventuell mobilen – Technik. Die Technik soll möglichst 2018 einsatzbereit sein.

Seniorenbüros fördern

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales möge folgende Änderungen beschließen:

Amt für Soziales

Seniorenbüros — Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ab 2018 fortlaufend:

+ 9.000 Euro

Die erfolgreiche Arbeit der Seniorenbüros basiert nicht zuletzt auf der gelungenen Einbindung vieler Ehrenamtlicher. Um die Vielfalt der Angebote zu erhalten oder auch erweitern zu können, wird der im Festbetrag enthaltene Anteil zur „Förderung des Ehrenamtes“ um 9.000 Euro erhöht. Der bisherige Sockelbetrag für jedes Seniorenbüro soll damit auf 3.000 Euro verdoppelt werden.

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Haus der Begegnung — Inklusion

ab 2018 fortlaufend:

+ 7.500 Euro

Der Zuschuss für das Haus der Begegnung wird zweckgebunden erhöht, um grundsätzlich für alle öffentlichen Veranstaltungen im Haus der Begegnung einen Gebärdensprachdolmetscher für gehörlose Menschen anbieten zu können. Dieses Angebot soll eine Selbstverständlichkeit sein und nicht erst auf Einzel-



Gabriela Schäfer ist Bürgermeisterin und Sprecherin der SPD im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

nachfrage und in Einzelfällen organisiert werden.

Förderung der Wohlfahrtspflege und des Gemeinwohls

Wildwasser — Finanzierung des Eigenanteils zur Landesförderung von Personalstellen ab 2018 fortlaufend:

+ 20.000 Euro

Dem Verein Wildwasser e.V. ist es zu Beginn dieses Jahres gelungen, aufgrund der nachgewiesenen stark gestiegenen Fallzahlen in der Betreuung von Opfern sexuellen Missbrauchs, vom Land Nordrhein-Westfalen die Bezuschussung einer weiteren Personalstelle zu erzielen. Die Bezuschussung beträgt hier wie bei einer weiteren Stelle 80 Prozent. Durch die Finanzierung des

Eigenanteils entsteht eine jährliche Unterdeckung von 20.000 Euro.

Gesundheitsamt

Madonna e.V., neue Aufgaben im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes ab 2018 fortlaufend:

+ 10.000 Euro

Dem Verein Madonna e.V. entstehen erhöhte Aufwendungen im Rahmen der neuen Regelungen des Prostituiertenschutzgesetzes. Es wird daher vorgeschlagen, den Zuschuss für Personal- und Sachkosten zu erhöhen.

Aids-Hilfe Bochum e.V.

Für 2018: + 10.000 Euro ab 2019 fortlaufend:

+ 15.000 Euro

Es wird vorgeschlagen, den Zuschuss um den vorgenannten Betrag für Personalkosten zu erhöhen.

Zum einen ist eine Aufstockung der Verwaltungsstelle erforderlich, zum anderen beabsichtigt der Verein, zur Stärkung der Arbeit der Begegnungsstätte „Enjoy“ das bis 2018 über das Jobcenter finanzierte Personal längerfristig einzustellen.

Krisenhilfe Bochum — Wegfall einer städtischen Stelle ab September 2019:

+ 8.000 Euro

In der Drogenberatungsstelle der Krisenhilfe e.V. ist eine dorthin abgeordnete städtische Mitarbeiterin beschäftigt, die im Sommer des Jahres 2019 in Ruhestand gehen wird. Um die Arbeit der Drogenberatungsstelle in gleicher fachlicher Qualität fortsetzen zu können, trägt die Verwaltung dafür Sorge, dass die Stelle ab September wieder neu besetzt ist.

Für den Fall, dass die Wiederbesetzung aus dem Kreis der vorhandenen städtischen Beschäftigten nicht möglich ist, benötigt die Krisenhilfe ca. 8.000 Euro, um die Stelle ab September 2019 neu besetzen zu können und eine entsprechende Zuschusserhöhung ab 2020 (ca. 25.000 Euro für ein ganzes Jahr).

Offener Ganzttag: Elternbeiträge sinken um rund 400.000 Euro



Jonathan Ströttchen ist Sprecher der SPD im Ausschuss für Schule und Bildung.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2017 einen Vorschlag für eine Anpassung der Beitragstabelle für die Offene Ganzttagsschule und die weiteren Betreuungsangebote an Bochumer Grundschulen unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte vorzulegen:

1. Eltern mit einem Einkommen i.S.d. Beitragssatzung von bis zu 17.500 Euro zahlen auch weiterhin keine Beiträge.
2. Der Beitrag für Eltern mit einem Einkommen von 20.000 Euro sinkt von 38 Euro auf 25 Euro.
3. Von dort aus steigen die Beiträge kontinuierlich bis zum Höchstbetrag von 180 Euro an. Insbesondere in den unteren Einkommensgruppen ist die Staffelung nach Möglichkeit in kleineren Stufen von 5.000 Euro statt wie bisher von 10.000 Euro vorzunehmen.
4. Der Höchstbeitrag von 180 Euro fällt erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro an, statt wie bisher schon ab 80.000 Euro.
5. Insgesamt erfolgt in allen Einkommensgruppen eine deutliche Beitragssenkung. Insbesondere die unteren und mittleren Einkommensgruppen sollen profitieren.
6. Das Gesamtvolumen der Beitragsentlastungen soll für alle Betreuungsformen rund

400.000 Euro jährlich betragen.

Die Betreuung zwischen Neujahr und Schulbeginn in der OGS wird verstetigt. Die dafür erforderlichen Mittel von rund 90.000 Euro jährlich werden bereitgestellt. Die Verwaltung legt einen entsprechenden Satzungsentwurf vor.

Begründung: Die Offene Ganzttagsschule und die weiteren Betreuungsangebote an den Bochumer Grundschulen leisten einen wichtigen Beitrag für eine familienfreundliche und sozial gerechte Stadt. Die Angebote unterstützen Familien insbesondere dann, wenn beide Eltern berufstätig sind, und sind gleichzeitig Ort pädagogischer und sozialer Unterstützung für die Kinder in unserer Stadt.

Die Erhöhung des städtischen Zuschusses um rund 400.000 Euro und die Reform der Beitragstabelle dienen zur Entlastung insbesondere von Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Aber auch die Beiträge in den höheren Einkommensgruppen sollen sinken. Zudem wird der Höchstbeitrag erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro statt wie bisher schon bei 80.000 Euro erhoben.

Die Betreuung in den Weihnachtsferien zwischen Neujahr und Schulbeginn ist in den letzten Jahren sehr gut angenommen worden, es besteht ein großer Bedarf gerade bei Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen. Diese Familien sollen durch die Etablierung der Ferienbetreuung und Verankerung in der Satzung gezielt unterstützt werden.



Ernst Steinbach ist Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Bildung.

Bewegung in Bochum mit „Fit im Park“

Förderung des Sports: „Fit im Park – Sport für Alle“

In diesem Jahr ist das Projekt „Fit im Park – Sport für Alle“ leider nicht zustande gekommen. Um es im nächsten Jahr – unter Beteiligung möglichst vieler Vereine – durchführen und auch im Vorfeld ausreichend bewerben zu können, werden 10.000 Euro zur Verfügung gestellt. Mit einer so offenen und öffentlichen Veranstaltung wie Fit im Park kann es gelingen, sehr vielen Menschen Spaß an Sport und Bewegung zu vermitteln.

ab 2018 fortlaufend:

+ 10.000 Euro

Vereine unterstützen (Zwecke der Sportförderrichtlinien)

Der in dem Gesamtbetrag der Transferaufwendungen enthaltene Anteil für Miet-, Pacht- und Kapitalkostenzuschüsse an Vereine sowie Veranstaltungen soll um 10.000 Euro erhöht werden. Viele Vereine sind darauf angewiesen, für ihren Sport Räume/Flächen anzumieten. In vielen Fällen geht dies nicht ohne städtischen Zuschuss. Um möglichst alle beantragten Zuschüsse auch gewähren zu können, müssen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen. Außerdem sind viele Veranstaltungen der Vereine, die das Bochumer Sportleben sehr bereichern, oft nur mit finanzieller Unterstützung der Stadt zu realisieren.

ab 2018 fortlaufend:

+ 10.000 Euro



Förderung des Sports: Betriebskostenzuschuss „Inklusiver Hochseilgarten“, ab 2018 fortlaufend: + 10.000 Euro

Mit dem Hochseilgarten ist es gelungen, ein Vorzeigeprojekt für ein inklusives Sportangebot in Bochum zu schaffen. Um den Betrieb dieses erfolgreichen Projektes durch den Stadtsportbund dauerhaft abzusichern, sind jährlich 50.000 Euro nötig. 15.000 Euro stehen im Sportetat und 25.000 Euro im Etat des Jugendamtes zur Verfügung. Der Ansatz im Sportetat soll um 10.000 Euro – auf damit 25.000 Euro erhöht werden.

Pakt für den Sport – Zuschuss für den Stadtsportbund Bochum

Im Juni 2014 hat der Sportausschuss einstimmig den Pakt für den Sport beschlossen, der dem SSB mit der Zusicherung eines festen Zuschusses Planungssicherheit für 5 Jahre gab. Inzwischen sind neben den erfolgreichen Veranstaltungen wie Sportabzeichen-Woche und Bewegte Älter werden in NRW weitere wichtige Projekte hinzugekommen wie die Zertifizierung der Bewegungskindergärten, Integration durch Sport und das Projekt Schule und Sportverein. Der Pakt für den Sport soll 2019 erneuert und der Zuschuss um 10.000 Euro erhöht werden, damit die Aufgaben des SSB insgesamt personell abgesichert sind.

ab 2019 fortlaufend:

+ 10.000 Euro

Peter Herzog ist Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss für Sport und Freizeit.



Dieter Fleskes (r.) ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Kultur. Dr. Hans Hanke ist Sprecher der SPD im Ausschuss für Kultur.

Planvoll und partizipativ

Die Kulturverwaltung wird beauftragt, spezialisiertes Beratungsunternehmen oder -träger für den Start zu einem Prozess der Kulturentwicklungsplanung für Bochum zu suchen und vorzuschlagen.

Für den Prozess der Kulturentwicklungsplanung werden für den Haushalt 2018 und 2019 jeweils 40.000 € eingestellt.

Begründung: Bochum hat sich mit der Bochum Strategie auf den Weg gemacht, für unsere Stadt bis 2030 und darüber hinaus visionär aber auch planvoll, die weitere Entwicklung Bochums gemeinsam anzugehen, in einem partizipativen Prozess zu beraten und entlang von Handlungs-

feldern Kernaktivitäten zu entwickeln. Innerhalb des Handlungsfeldes „Hotspot der Live-Kultur“ gilt es dies ebenso anzugehen, um Kunst und Kultur in Bochum für die Zukunft zu stärken und zu sichern.

Gemeinsam mit Kulturschaffenden und Kulturverantwortlichen sollen Visionen entwickelt und strategische Ziele wie konkrete Maßnahmen erarbeitet werden.

Die Kulturverwaltung ist wegen ihres geringen Personalbestandes nicht in der Lage, das aus eigenen Kräften zu leisten. Darum halten wir eine Fremdvergabe für richtig und notwendig, um den Prozess in Gang zu bringen.

Zuschüsse für Tanz, Frauen-Archiv und Musik

Es werden für folgende Zwecke zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt:

Pottporus e.V. /Renegade: nutzt in Zusammenarbeit mit dem Schauspielhaus die Zeche 1 als Proben- und Aufführungsort für zeitgenössische Tanztheaterproduktionen. Er hat sich um eine Förderung aus dem Landesprogramm „Spitzenförderung für freie Tanzensembles“ für die Jahre 2018 bis 2020 beworben, die jährlich 65.000 Euro betragen würde. Hierfür ist eine Komplementärförderung der Stadt Bochum in diesem Zeitraum erforderlich.

10.000 Euro (2018)
10.000 Euro (2019)

ausZeiten-Frauenarchiv: besteht seit 1995 als Projekt der Frauen- und Lesbenbewegung. Es sammelt Medien, Akten und Nachlässe und hält eine umfangreiche Bibliothek für die Öffentlichkeit vor. Aufgrund der Zuwächse ist eine räumliche Vergrößerung geplant, was zu steigenden Kosten in Höhe von rd. 15.000 Euro führt; um einen Teil des Anstiegs aufzufangen, soll ab 2018 fortlaufend ein Betriebskostenzuschuss gewährt werden.

5.000 Euro (2018)
5.000 Euro (2019)

Collegium vocale und instrumentale Bochum: Die Collegien sind eine professionelle Plattform für freie Musiker*innen, deren Konzertaktivitäten hohen Qualitätsansprüchen genügen. Sie bestehen seit mehr als 25 Jahren und haben das Kulturleben hier und in der Region im Bereich der klassischen Musik bereichert; bisher wurden lediglich Projektkostenzuschüsse gewährt. Die Arbeit soll auch in den Folgejahren gesichert werden, und zwar durch verlässliche Betriebskostenzuschüsse.

4.500 Euro (2018)
4.500 Euro (2019)

KONTAKT / IMPRESSUM

SPD-Ratsfraktion Bochum, Willy-Brandt-Platz 2-4, 44777 Bochum
Geschäftsführer: Matthias Schröder
post@spd-ratsfraktion-bochum.de
0234.910 18 10, alle Angaben ohne Gewähr

16,25 Mio. Euro für ein neues Hallenbad in Wattenscheid

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt: Die Verwaltung wird beauftragt folgende Maßnahme zusätzlich in den Haushalt aufzunehmen.

Badneubau in Wattenscheid

2018 : 250.000 Euro (investiv – Planungskosten)

2019: 5.000.000 Euro (investiv – Baubudget)

2020: 11.000.000 Euro (investiv – Baubudget)

Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch die Bochumer Bäder GmbH.



Burkart Jentsch ist Mitglied des Fraktionsvorstands und Mitglied im Ausschuss für Sport und Freizeit.

Wohnungen erneuern: Stadt legt Programm auf

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt: Die Verwaltung wird gebeten, folgenden Prüfauftrag zu bearbeiten.

Kommunales Modernisierungsprogramm

Der Gebäudebestand in Bochum ist vielfach überaltert. Fast zwei Drittel der vorhandenen Wohnungen in Bochum sind älter als 45 Jahre und entsprechen in energetischer Hinsicht, aber auch in Bezug auf Grundrisse, Barrierefreiheit etc. nicht mehr aktuellen Ansprüchen.

Neben dem Neubau spielt also die Aufwertung des heutigen Wohnungsbestandes eine elementare Rolle. Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der

Bochum-Strategie ein Konzept zu erstellen, wie mit einem kommunalen Modernisierungsprogramm, flankierend zu Bundes- / Landes- / KfW-Programmen etc., ein weiterer Anreiz im Rahmen des Handlungskonzeptes Wohnen

geschaffen werden kann. Bei den Überlegungen soll davon ausgegangen werden, ein solches Programm über einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren und einem Gesamtbudget von maximal 2,5 Mio. Euro durchzuführen.



Gabriele Schuh ist stellvertretendes Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss.

Arbeit des Tierschutzvereins: Finanzierung sicherstellen

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen:

Zuschuss Tierschutzverein

2018 zusätzlich 40.000 Euro (konsumtiv)

2019 zusätzlich 40.000 Euro (konsumtiv)

Der Zuschuss an den Tierschutzverein soll auf den

tatsächlich zu erwartenden Bedarf angepasst werden. Die genaue Höhe des Zuschusses an den Tierschutzverein soll nach einer Evaluation der Jahre 2018 und 2019 erneut festgestellt werden.

Begründung: Die Zuschüsse an den Tierschutzverein wurden über viele Jahre nicht angepasst. Erstmals für das Jahr 2017 wurde der

Zuschuss leicht erhöht und gemeinsam mit dem Tierschutzverein der aktuelle Aufwand analysiert. Mit der weiteren Anpassung des Zuschusses wird zunächst eine auskömmliche Finanzierung der Arbeit des Tierschutzvereins sichergestellt, die jedoch auch für die Berechnung eines endgültigen Zuschusses in den Jahren 2018 und 2019 evaluiert wird.

Gute Ideen direkt an die Verwaltung melden



Deborah Steffens ist stellvertretendes Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahme im Rahmen der „Bochum Strategie“ (Kompetenzfeld „Vorreiter modernen Stadtmanagements“) in den Haushalt aufzunehmen:

Bochum Strategie - „Mängelmelder 2.0“

2018: 17.000 Euro (konsumtiv / investiv)

2019: 17.000 Euro (konsumtiv / investiv)

Die Kontaktmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Verwaltung sind im Wege der Digitalisierung der Stadtverwaltung weiter zu optimieren. Der Mängelmelder sollte dabei im Sinne eines Anregungs- und Ideenportals weiterentwickelt werden. Ebenfalls sollte der jeweilige „Status“ der Meldung stets erkennbar sein.

Begründung: Seit etwas über drei Jahren gibt es den

Mängelmelder. Die Bürgerinnen und Bürger haben bisher rd. 13.000 Mängel-



Marc Hildebrand ist stellvertretendes Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses.

meldungen an die Verwaltung gerichtet. Insbesondere lässt sich registrieren, dass direkt und situativ von „vor Ort“ Mängelmeldungen über mobile Endgeräte erfolgen.

Der Mängelmelder wird durch die Bevölkerung angenommen. Das Portal sollte in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Auch Ideen und Anregungen sollten auf diese Art und Weise an die Verwaltung gerichtet werden.

Letztendlich könnte auch über interaktive Karten angezeigt werden, wo die Verwaltung aktuell an der Beseitigung von Mängeln, z.B. durch das City-Team, arbeitet.

Flüchtlingshilfe: Zuschuss steigt / Höhere Mietkosten

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen:

Zuschuss für die Medizinische Flüchtlingshilfe e.V. (Produktgruppe 4101 / Gesundheitswesen / Zeile 15 Transferaufwendungen)

2018 ff.: zusätzlich 31.000 Euro (konsumtiv)

Der Zuschuss an die Medizinische Flüchtlingshilfe e.V. soll dem gestiegenen Bedarf des Vereins für die ab dem 1. Januar 2018 entstehenden Mietkosten im Gebäude Glockengarten 1 angepasst werden.

Begründung: Die Medizinische Flüchtlingshilfe hat mit Schreiben vom 21. November 2017 an die Verwaltung und die Fraktionen des Rates ihren erhöhten Bedarf an Sachkosten dargestellt.

Aufgrund einer vermietetseitigen Kündigung muss der Verein seine Räumlichkeiten am Dr.-Ruer-Platz zum Jahresende 2017 aufgeben. Der Verein hat nach langer und schwieriger Suche neue Räumlichkeiten im Gebäude Glockengarten 1 gefunden.

Für die neu angemieteten Räume ist – sowohl aufgrund eines höheren Quadratmeter-Preises als auch infolge der stark gewachsenen Beratungsnachfrage gestiegenen Raumbedarfs – ein höherer Zuschuss zu zahlen.

Übermittagbetreuung in der Sekundarstufe I



Reiner Kühlborn ist stellvertretendes Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen:

Pädagogische Übermittagbetreuung Sekundarstufe I

2018 ff.: 120.000 Euro (konsumtiv)

Die pädagogische Übermittagbetreuung an den Schulen der Sekundar-

stufe I muss für die Träger wirtschaftlich realisierbar sein.

Begründung: In der pädagogischen Übermittagbetreuung werden an den Schulen der Sekundarstufe I Betreuungs- und Bildungsangebote insbesondere für die jüngeren Kinder gemacht. Das Angebot wird durch freie Träger erbracht. Laut Mitteilung der Verwaltung ist die Finanzierung bei den Trägern nachweisbar nicht auskömmlich.

Das Angebot der pädagogischen Übermittagbetreuung ist nicht nur für berufstätige

Eltern eine wichtige Entlastung, sondern gerade in der Orientierungsphase nach dem Übergang in die weiterführende Schule auch pädagogisch von großer Bedeutung.

Die Bezirksdirektorenkonferenz der Bochumer Gymnasien hat sich ebenfalls für den Erhalt des bisherigen Modells ausgesprochen.

Partnerstädte

Die Verwaltung wird beauftragt folgende Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen:

Städtepartnerschaften Internationalisierung

**2018 ff.: zusätzlich
35.000 Euro (konsumtiv)**

Die Aktivitäten um die Bochumer Städtepartnerschaften sollen wieder verstärkt werden.

Begründung: Die Städtepartnerschaften Bochums haben eine lange Tradition. Gerade deshalb müssen die Beziehungen auf zeitgemäße Strukturen der Zusammenarbeit überprüft und neu aufgestellt werden. Alle Fraktionen haben im Zusammenhang mit dem „Blauen Tisch“ zu erkennen gegeben, hierzu



Silvia Wilske ist stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss.

auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und die internationalen Verknüpfungen Bochums zu stärken.

Luftreinhaltung: Stadt beantragt Bundes-Mittel

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahme in den Haushalt aufzunehmen:

Eigenmittel Luftreinhaltung

**2018: zusätzlich
200.000 Euro (investiv)
2019: zusätzlich
300.000 Euro (investiv)**

Für das Abrufen von Mitteln aus dem Bundesprogramm

zur Luftreinhaltung müssen voraussichtlich städtische Eigenmittel aufgebracht werden.

Begründung: Die Bundesregierung hat angesichts der drohenden Fahrverbote wegen überschrittenen Stickoxid-Grenzwerten Anfang September ein Programm zur Luftreinhaltung beschlossen und wird den Kommunen in diesem

Rahmen 500 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Die Möglichkeiten der Städte die Luftwerte mit Hilfe dieser Fördermittel zu verbessern, sind vielfältig:

In Frage kommen der Öffentliche Nahverkehr, die Umstellung auf Elektromobilität und Verbesserung der Ladestruktur, Verkehrsführung und Verkehrslei-

tung in den Innenstädten, effiziente Logistik oder Parkplätze, wie auch umfassender Ausbau des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs.

Der Rat der Stadt Bochum hat daraufhin am 28. September 2017 beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept vorlegen soll, das dem Schutz der Bochumer Bevölkerung vor schädlichen Luftemissionen dient.